

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Lärmschutzwand am Bezirkssportplatz Vinzenzgasse! (GR Sikora, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Dass Lärm sehr oft für Konflikte sorgt, kommt nicht allzu selten vor. Insbesondere im Zusammenhang mit Sport- und Freizeitanlagen kommt es häufiger zu Konflikten. Da die meisten Menschen sportliche Aktivitäten in ihrer Freizeit ausüben, kann es in den Abendstunden und an den Wochenenden besonders laut werden. Während die Nutzer:innen der Anlagen also nur ihren Hobbys nachgehen möchten, suchen die Anwohnenden dagegen Ruhe und Erholung.

Beim Bezirkssportplatz in der Vinzenzgasse waren Konflikte nach Bau einer Wohnanlage direkt neben diesem eigentlich vorprogrammiert! So vergaßen die Verantwortlichen schlichtweg auf einen geeigneten Lärmschutz.

Zwar wurden die Öffnungszeiten des Bezirkssportplatzes seit kurzem zufriedenstellend geregelt, während der Öffnungszeiten ist der Lärm jedoch bei gutem Besuch sehr extrem und für die Anrainer:innen belastend.

Dass unkontrollierter Lärm zu Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen kann, ist medizinisch bewiesen

Beim Bezirkssportplatz Vinzenzgasse wäre die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang des vorhandenen Zaunes sehr hilfreich, um den Lärmpegel und die daraus resultierenden Konflikte zu minimieren.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz sowie der Herr Sportstadtrat werden ersucht, die Errichtung einer Lärmschutzwand beim Bezirkssportplatz in der Vinzenzgasse entlang des vorhandenen Zaunes zu prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 ÖV-Verbindung Kienzl-Kreuz bis Endstation Wetzelsdorf (GR Hopper, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Aus der Bevölkerung und insbesondere von Seniorinnen und Senioren sowie Jungfamilien im Bezirk kommt der dringende Wunsch, die kurze Strecke zwischen der Kreuzung Straßgangerstraße / Wetzelsdorferstraße und der Endhaltestelle Wetzelsdorf durch eine städtische ÖV Verbindung zu erschließen.

Hintergrund ist neben der Erreichbarkeit der Postfiliale neben der Endstation auch jene des nunmehrigen einzigen Standorts der Raiffeisenbank Graz-Straßgang und natürlich auch die Erreichbarkeit der Endstation der Straßenbahnlinie Nummer 7. Während die Station „Kienzlkreuz“ öffentlich mit den Buslinien 62 oder 66 gut erreichbar ist, stellt der Fußweg zur Haltestelle Wetzelsdorf aufgrund der Steigung für die ältere Bevölkerung eine enorme Herausforderung dar.

Auch der Bezirksrat hat sich diesem Thema bereits angenommen, wurde allerdings nur auf die stündliche Fernbus-Verbindung zwischen Graz und Hitzendorf verwiesen, die hier ja ohnehin genutzt werden könnte. Diese Rückmeldung und damit die fehlende

Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Wetzelsdorferinnen und Wetzelsdorfer kann so nicht akzeptiert werden.

Sinnvoll wäre eine Straßenbahn-Ringlinie 7, 17 und 4, die die Endstation Wetzelsdorf mit dem Jochen-Rindt-Platz verbindet sowie eine Taktung analog der bestehenden Straßenbahnlinien.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Antrag,

- 1. Verkehrsstadträtin Mag^a Judith Schwentner wird aufgefordert, umgehend die Etablierung der erwähnten Straßenbahn-Ringlinie 7, 17 und 4 voranzutreiben.*
- 2. Verkehrsstadträtin Mag^a Mag. Judith Schwentner wird aufgefordert, bis zur Realisierung der Ringlinie eine Busverbindung für die Teilstrecke sicherzustellen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Evaluierung der Ergebnisse der Umbauarbeiten in der Burenstraße
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Burenstraße ist eine wichtige Verkehrsverbindung in Eggenberg und wurde letztes Jahr im Sinne der Verkehrsstrategie der Verkehrsstadträtin umgebaut. Leider erreichen uns immer wieder Meldungen aus der Bevölkerung, dass die Umbaumaßnahmen in

Teilen der Burenstraße nicht zu dem gewünschten Effekt geführt haben, sondern sich die Situation für viele Anrainerinnen und Anrainer verschlechtert hat.

Konkret geht es um folgende Punkte:

- 1. Die beliebte und viel genutzte Straßenbahnhaltestelle Handelsstraße wurde aufgelassen, sodass die Bewohnerinnen und Bewohner teilweise einen großen Umweg in Kauf nehmen müssen, da nur noch die Haltestellen Josef-Haiden-Straße und Wetzelsdorf zur Verfügung stehen.*
- 2. Es existiert kein durchgehender Radweg in der Burenstraße, sodass Radfahrer:innen immer wieder auf die Fahrspur der Straßenbahn und Autos ausweichen müssen. Dadurch kommt es vermehrt zu gefährlichen Situationen zwischen den Verkehrsteilnehmer:innen.*
- 3. Die Anrainerinnen und Anrainer beklagen das Fehlen ausreichender Schutzwege über die Straße.*
- 4. Durch den Radius der Wendeschleife der Straßenbahn kommt es vermehrt zu „Quietschgeräuschen“, die eine unerträgliche Lärmbelästigung für die Anrainerinnen und Anrainer darstellen.*
- 5. Die Verkehrsführung - Straßenbahnen und Autos auf derselben Spur - führt zu erhöhten Stauaufkommen. Dadurch werden zahlreiche Einfahrten für die Bewohnerinnen und Bewohner verstellt, was wiederum zu Stausituationen führt.*
- 6. Die Ampelschaltung im Bereich der Haltestelle Wetzelsdorf ist nicht optimal eingestellt und muss korrigiert werden.*
- 7. Zahlreiche Parkplätze wurden ersatzlos gestrichen. Dies führte dazu, dass der Parkdruck in den angrenzenden Straßen erhöht wurde und viele Anrainerinnen und Anrainer weit weg von ihrem Haus/von ihrer Wohnung parken müssen.*
- 8. Vor dem Umbau gab es keine ausreichende Bürgerinformation zu den geplanten Umbaumaßnahmen.*

Aus diesen Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin Mag^a. Judith Schwentner wird aufgefordert, sich mit der betroffenen Bevölkerung in Verbindung zu setzen, um die Situation in der Burenstraße nach dem Umbau zu evaluieren und in Abstimmung mit der Bevölkerung eine Verbesserung der im Motivenbericht genannten Kritikpunkte zu erreichen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Evaluierung der Verkehrssituation in der Wiesengasse
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Verkehrssituation in der Wiesengasse, Bezirk Gries, ist für viele Anrainerinnen und Anrainer zu einer Belastung geworden. Gerne wird die Wiesengasse, aber auch die angrenzenden Straßen von Pendlerinnen und Pendlern genutzt, um dort ihre Autos zu parken, um dann mit den öffentlichen Verkehrsmitteln weiterzufahren. Aus diesem Grund wünscht sich die Bevölkerung in diesem Gebiet die Einführung einer Grünen Zone.

Ebenso wünschen sich die Anrainerinnen und Anrainer in der Wiesengasse die Einführung einer Einbahnstraße, für die sie bereits eine Unterschriftenaktion durchgeführt und an die damals zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr übergeben haben.

Aus diesen Gründen stelle ich an namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin Mag^a. Judith Schwentner wird beauftragt, die Situation in der Wiesengasse zu evaluieren und die Möglichkeit der Einführung einer Grünen Zone sowie einer Einbahnregelung zu prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Gehsteig Roseggerweg von ON 224 bis ON 252
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im gesamten Bezirk Ries ist der Bereich „Fußgängersicherheit“ von zentraler Bedeutung. Besonders am Roseggerweg kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen fahrenden Autos und Kindern. Da hier schon länger die Notwendigkeit besteht, am Roseggerweg für mehr Fußgängersicherheit zu sorgen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin Mag^a. Judith Schwentner wird aufgefordert, mit dem Bezirksrat in Ries in Kontakt zu treten und einen konkreten Zeitplan für die Errichtung eines Gehsteiges am Roseggerweg von ON 224 bis ON 252 zu erstellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.6 Sicherheitsmaßnahmen im Volksgarten und Metahofpark (GR Kreiner, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Vor rund fünf Jahren verfügte die Landespolizeidirektion Steiermark erstmals zwei zeitlich begrenzte Schutzzonen für den Volksgarten sowie den Metahofpark, welche im September 2019 für weitere sechs Monate verlängert wurden. Diese waren jeweils mit dem Zweck verfügt worden, Minderjährige vor strafbaren Handlungen zu schützen, den öffentlichen Drogenhandel zu bekämpfen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in öffentlichen Parks zu steigern. Mit Erfolg, wie eine durchgeführte Auswertung nach zeitlichem Ablauf der Verordnungen zeigte - Schutzzonen als Erfolgsmodell:

Von März 2019 bis Ende Februar 2020 sprach die Polizei insgesamt mehr als 550 Betretungsverbote für die beiden Schutzzonen aus. Zudem nahmen Polizisten in Summe 86 Personen fest, stellten 360 Mal Suchtmittel sicher und erstatteten mehr als 1.000 Anzeigen wegen verschiedenster Delikte (davon rund 320 in Zusammenhang mit Suchtmitteln).

Durch die nachfolgende Verordnung einer Schutzzone im Stadtpark hat sich die Situation aber wieder in den Volksgarten und Metahofpark zurück verlagert. Mittlerweile wurden alle Verordnungen hinsichtlich der Schutzzonen wieder aufgehoben.

Da nun wieder vermehrter Drogenhandel zu beobachten ist, Besucher:innen des Volksgartens sich infolge der „Belagerung“ des öffentlichen WC durch Jugendliche nicht mehr getrauen, dieses zu benützen, und dadurch das Sicherheitsgefühl der Menschen wieder stark gesunken ist, sollte im Volksgarten und Metahofpark zumindest für die heurigen Sommermonate wieder eine Schutzzone verordnet werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag

Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, sämtliche Möglichkeiten der Stadt zu prüfen, die dem Sicherheitsbedürfnis der Grazer Bevölkerung im Volksgarten und Metahof gerecht werden - so beispielsweise auch mit der Landespolizeidirektion Steiermark Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, dass diese im Volksgarten und Metahofpark - zumindest für die heurigen Sommermonate - wieder Schutzzonen einrichten möge.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.7 Verkehrserziehungsgarten auch im Grazer Osten – Beibehaltung der Flächen des seinerzeitigen Verkehrserziehungsgartens im Stadtpark (GR Kreiner, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im August 2021 wurde der Verkehrserziehungsgarten im Grazer Stadtpark durch die den heutigen Anforderungen an den Straßenverkehr gerecht werdende Übungsstätte am neuen Gelände der ÖAMTC-Landeszentrale ersetzt.

Diese Verlegung war durch das wesentlich größere Gelände des ÖAMTC und das dadurch professionellere Erlernen von schwierigen Situationen im Straßenverkehr für Kinder ab 9 bzw. 10 Jahren begründet.

Die politische Fokussierung auf den Radverkehr mit Maßnahmen wie dem „Kinder-Radlbonus“ und die weiter steigenden Bevölkerungszahlen geben Anlass, eine Verkehrserziehungsschule auch östlich der Mur wieder aufleben zu lassen. Will man in den nächsten Jahrzehnten möglichst viele Menschen für sanfte Mobilitätsformen begeistern, muss man vor allem bei Kindern ansetzen. Kinder, die schon früh mit dem Fahrrad unterwegs sind, erleben das Fahrradfahren als selbstverständliche, unkomplizierte Mobilitätsform. Ein zentral gelegener Verkehrsübungsgarten wie jener im Stadtpark bietet breite Zugänglichkeit in wohnortnaher Umgebung.

Ein weiterer Verkehrsübungspark auf der linken Murseite – so wie jener im Stadtpark vor einigen Jahren, welcher sich großer Beliebtheit erfreute – wäre dringend notwendig und so treten wir dafür ein, einen solchen für die radfahrenden Grazer:innen zu Verfügung zu stellen und somit ein weiteres Angebot für ihre Kinder zu ermöglichen.

Die alten Flächen des seinerzeitigen Verkehrserziehungsparks im Stadtpark erfreuen sich derzeit großer Beliebtheit bei Klein und Groß. Er dient gleichzeitig als Erweiterung des bestehenden Spielplatzes. Die asphaltierten Flächen sollten weiterhin für die Kleinsten genutzt zu können – beispielsweise für das Fahren mit Bobby Cars, Rollern, Lauflernrädern und auch für das erste Radfahren. Das würde auch der Altersgruppe entsprechen, welche sich am Spielplatz aufhält.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu set-zen, um einen Verkehrserziehungsgarten östlich der Mur der Grazer Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Der Garten soll der Öffentlichkeit auch außerhalb der geregelten Öffnungszeiten zu Übungszwecken zur Verfügung gestellt werden.

Zudem sollen die bestehenden Flächen des seinerzeitigen Verkehrserziehungs-gartens im Stadtpark weiterhin gepflegt und den Kindern als Erweiterung des dortigen Spielplatzes in der Form eines „Fahrradspielplatzes“ zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.8 Erstellung eines Konzepts zur Erweiterung der Linie 5 vom NVK Puntigam bis zum zukünftigen NVK Webling sowie die Erweiterung des P&R-Parkplatzes Webling bzw. die Errichtung eines Parkhauses (GR Topf, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der NVK Webling soll in den nächsten Jahren errichtet werden und dort soll die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, neben der GKB und des Busses/der Busse auch eine Straßenbahnlinie zu benützen, um möglichst einfach und schnell in mehrere Bezirke bzw. in das Zentrum von Graz zu gelangen.

Die bestehende P&R-Anlage in Webling ist sehr frequentiert, zu klein und platzt aus allen Nähten. Viele Grazer:innen und Pendler:innen sind sehr verärgert, da sie oftmals keinen freien Parkplatz mehr vorfinden. Daher werden die umliegenden Straßenzüge verparkt, was die dortigen Anrainer:innen als sehr störend empfinden. Dazu kommt noch, dass hier auch viele Fernbusse halten und auch abgestellt werden..

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, dem dargestellten Anliegen Rechnung zu tragen und diesbezüglich ein Konzept zur Erweiterung der Linie 5 vom bestehenden NVK Puntigam bis zum zukünftigen NVK Webling sowie für die Erweiterung des P&R-Parkplatzes Webling und die Errichtung eines Parkhauses erstellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 GKB – Stadt: Informationsveranstaltung für die Straßgänger Bürger:-innen zu Elektrifizierung, Lärmschutzmaßnahmen, Gleisführung und Unterführungen entlang der GKB-Trasse (GR Topf, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Anlässlich der Bezirksversammlung Straßgang am 12. Oktober 2023 wurde von den Bewohner:innen und dem Verein „Öffentlicher Verkehr mit Lebensqualität“ die Abhaltung einer weiteren Informationsveranstaltung zum Thema GKB-Ausbau gefordert. Diese hat bis dato noch nicht stattgefunden.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, dem dargestellten Anliegen Rechnung zu tragen und mit den Verantwortlichen der GKB eine umfassende Informationsveranstaltung zum Thema GKB-Ausbau – so etwa Elektrifizierung, Lärmschutzmaßnahmen, Gleisführung und Unterführungen – im Bezirk Straßgang, aber auch in den anderen vom GKB-Ausbau betroffenen Bezirken abzuhalten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 GKB, Stadt und Anrainer:innen: Informationsaustausch zu Fragen zur GKB-Trasse
(GR Topf, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die GKB plant die Elektrifizierungs- und Infrastrukturprojekte zwischen Graz und Lieboch, den zweigleisigen Ausbau der Bahn im Bahnverlauf der Bezirke Eggenberg, Wetzelsdorf und Straßgang sowie Unterführungen und Eisenbahnkreuzungsprojekte.

Die Plattform „Öffentlicher Verkehr mit Lebensqualität“ wurde von betroffenen Bürger:-innen gegründet. Diese reklamiert einen verbesserten Informationsaustausch zwischen der GKB und Vertretern der Stadt zugunsten der Bürger:innen und die Wiederaufnahme eines UVP-Verfahrens betreffend die geplante Elektrifizierung des Streckennetzes der GKB im Raum Graz.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die Mag.Abt. 10/8 - Verkehrsplanung der Stadt Graz möge eine zeitgerechte und ausreichende Kommunikation und Information zwischen den betroffenen Abteilungen der Stadt Graz und der GKB sowie den betroffenen Bürger:innen betreffend den zweigleisigen Ausbau der GKB im Stadtgebiet Graz, die Errichtung von Unterführungen und Eisenbahnkreuzungen und die Auswirkungen der elektromagnetischen Felder auf die Anrainer:innen und der Lärmbelastung derselben sicherstellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Eisgleiter für Rollstühle
(GR Aygan-Romaner, Grüne)**

Originaltext des Antrages:

Die Grazer:innen, Kinder wie Erwachsenen, gehen gerne Eislaufen. Dieser Sport steigert Gleichgewicht und Körperkontrolle, Rhythmusgefühl und stärkt spezielle Muskeln. Vor allem macht Eislaufen aber Spaß und ist schon von jeher eine soziale Aktivität. Umso trauriger für jene Menschen, die nicht die körperlichen Fähigkeiten haben, über das Eis

zu gleiten. Damit das Erlebnis des Eisgleitens für alle erfahrbar wird, wurden spezielle Eisgleiter entwickelt, die unter Rollstühlen befestigt werden können und somit den Rollstuhl zum Schlitten umfunktionieren. Der Eisgleiter ist eine Art Plattform auf Kufen, die dank einer ansteckbaren kleinen Rampe mit dem Rollstuhl befahrbar und für fast alle gängigen Rollstuhlarten nutzbar ist. So können Menschen im Rollstuhl von den betreuenden Personen über das Eis gefahren werden und können am Spaß und der sozialen Aktivität teilhaben. In der Schweiz zum Beispiel sind 73 Kunsteisbahnen mit Eisgleitern ausgestattet. Auch auf Eisbahnen in Südtirol konnte ich die Verwendung von Eisgleitern beobachten.

Ich stelle daher folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen prüfen, ob auch für Grazer Eislaufflächen Eisgleitern angeboten werden können, so dass im nächsten Winter auch in der Winterwelt und anderen Grazer Eislaufplätzen das Eislaufen inklusiver werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Grundstücksvorsorge für Öffi-Haltestellen
(GR Lenartitsch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Um die Verkehrswende – als eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität und als Maßnahme gegen den Klimawandel – zu schaffen, braucht es unter anderem die sukzessive Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Es geht darum, möglichst viele Menschen von Tram und Bus zu überzeugen, sie zum Umsteigen einzuladen. Haltestellenbereiche sind in diesem Zusammenhang ganz wichtig: Wer im Regen stehen, wer im Finstern auf das Öffi warten soll, wird kaum auf das Auto verzichten wollen.

Doch leider kann nicht überall die geeignete Haltestellen-Infrastruktur geschaffen werden. So kann es leider durchaus vorkommen, dass für die Errichtung eines Wartehäuschens das notwendige Grundstück fehlt. Deshalb wäre es umso wichtiger, bereits im Vorfeld in Zusammenhang mit der Planung von Strecken und Haltestellen, die Notwendigkeit von großzügigen Haltestellenbereichen zu berücksichtigen, bei Bedarf auf eine Grundstücksvorsorge zu achten oder aber Planungen dergestalt auszuführen, dass – wenn erforderlich - nach Möglichkeit auch der vorhandene Platz für ein Wartehäuschen ausreichend ist.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht speziell bei Linienerweiterungen bereits im Vorfeld darauf zu achten, dass ausreichend Platz für die Haltestellenbereiche, sprich Wartehäuschen vorhanden ist – und dies idealerweise durch die entsprechende Grundstücksvorsorge.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Würdigung für Johanna Dohnal
(GR Robosch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der 14. Februar ist nicht nur als Valentinstag von Bedeutung – das ist auch der Geburtstag einer der wichtigsten österreichischen Politikerinnen, von Johanna Dohnal. Und der 14. Februar ist auch der V-Day, an dem weltweit ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt wird.

Johanna Dohnal wäre heuer 85 Jahre alt geworden. Welchen Einfluss sie als Politikerin auf Österreich hatte und wie sehr ihr Wirken auch heute noch unsere Gesellschaft beeinflusst, wird erst dann augenscheinlich, wenn man bedenkt, welche Rechte wir heutzutage nicht hätten, wenn Johanna Dohnal in ihrer politischen Arbeit nicht wesentlich darauf hingewirkt hätte.

Der Gewaltschutz, wie wir ihn heute in Österreich kennen, wurde ganz wesentlich durch Johanna Dohnal möglich. Sie hat 1978 – noch als Wiener Gemeinderätin – das erste Frauenhaus in Wien initiiert und dann auch in der Bundespolitik einerseits effektive Hilfestellungen für Frauen umgesetzt, die von Gewalt betroffen sind und genauso darauf aufmerksam gemacht, was die eigentlichen Ursachen dieser Gewalt sind. Frauen wären immer noch wirtschaftlich vollständig von ihren Männern abhängig und rechtlich ihren Vätern oder Ehemännern untergeordnet: Kein Bankkonto für eine Frau, kein Ausbildungsplatz oder Arbeitsantritt ohne Einwilligung des Mannes, so war das vor Johanna Dohnal. Vertretungsrechte für alleinerziehende Mütter, Mutterschutz für Bäuerinnen, die Fristenregelung, bessere Kinderbildung und -betreuung, Ausweitung der Sozialdienste, Aufklärungsunterricht in Schulen, Reform der Strafprozessordnung, die Strafbarkeit von Vergewaltigungen in der Ehe, die Möglichkeit zur Karenzteilung, die Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten für die Pension, das Bundes-

Gleichbehandlungsgesetz und die Unterstützung des ersten Frauenvolksbegehrens: Das entspringt dem Wirken von Johanna Dohnal.

Das ist nur ein kurzer Auszug ihres politischen Schaffens und doch ist jeder einzelne dieser Meilensteine nicht mehr aus unserem heutigen Leben wegzudenken. Von kaum einem anderen Politiker oder einer anderen Politikerin kann man behaupten, dass sie das Leben der Menschen in Österreich so nachhaltig und so spürbar verbessert hat.

Frauen, Feminist:innen und alle anderen, denen eine gerechte, gleichberechtigte und menschliche Welt am Herzen liegt, stehen auf den Schultern von Ries:innen wie Johanna Dohnal.

Dennoch ist das Ziel, das Johanna Dohnal ihr gesamtes Leben lang verfolgte, noch nicht erreicht. Wir leben immer noch in einer patriarchalen Gesellschaft und in einer solchen werden die Errungenschaften von Frauen viel zu oft geringgeschätzt, übersehen oder bewusst ignoriert. Das zeigt sich dadurch, dass wir Frauen immer noch um Sichtbarkeit in der Sprache, im öffentlichen Raum und in politischen Gremien kämpfen müssen.

Die Stadt Graz sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und Frauen, die so fundamentale Leistungen vollbracht haben, jene Sichtbarkeit geben, die sie verdienen.

Gute Möglichkeiten dafür gibt es etliche, wie Straßen- und Platzbenennungen, Gedenksteine und Gedenkstätten oder ein Ehrenmal. Derartige Würdigungen sind auch in Graz überwiegend männlich geprägt – es wäre daher höchste Zeit, einer der

wichtigsten Frauenpolitikerinnen in der Geschichte Österreichs auch in Graz eine solche Wertschätzung zu erweisen. Als stetige Erinnerung an das, wonach wir alle gemeinsam streben sollten: Eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und ohne Weiblichkeitswahn.

Ich stelle daher im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Stadt Graz Johanna Dohnal für ihre Leistungen gemäß Motivenbericht in Graz eine öffentlich sichtbare Würdigung erweisen kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.14 Info-Paket für Bezirksvertreter:innen (GR Schlüsselberger, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Unsere Bezirksvertreter:innen – die Bezirksvorsteher:innen, ihre Stellvertreter:innen und die Bezirksrät:innen – sind die unmittelbaren Bindeglieder zwischen den Bürger:innen und den Stadtregerungs- und Gemeinderatsmitgliedern sowie der Verwaltung. Sie sind meist die allerersten Anlaufstellen für Bürger:innen bei Wünschen, Anliegen, Beschwerden und Fragen aller Art. Und mit viel Engagement und Herzblut versuchen sie Antworten zu finden oder die richtigen Anlaufstellen zu benennen.

Erfahrung macht dabei – wie in den meisten Bereichen üblich – die Meisterin, den Meister. Umso wichtiger ist es, vor allem jene mit den notwendigen Informationen zu versorgen, die nicht über jahre- bis jahrzehntelange Erfahrung verfügen.

Die Bezirksarbeit hat natürlich ganz besondere Erfordernisse, alles und jedes lässt sich nicht im Vorfeld „anwendungsreif“ vorbereiten, es wird immer die unterstützende Hilfestellung durch länger gediente Bezirksvertreter:innen und deren praktisches Wissen bedürfen. Wichtig wäre aber, so hört man immer wieder aus Rückmeldungen, neue Bezirksvertreter:innen durch die Stadt mit einem Grund-Infopaket auszustatten,

ähnlich dem „Welcome-Infokoffer“, den neueintretende Mitarbeiter:innen des Magistrats erhalten. Ein solches Paket sollte das für die Bezirksarbeit Essentielle vom Organigramm des Magistrats über eine Kurzbeschreibung von Dienststellen im Magistrat und dem Haus Graz bis hin zu den wichtigsten Ansprechpartner:innen enthalten. Das wäre eine Hilfestellung, die für den Einstieg in die Bezirksarbeit äußerst wertvoll wäre, geht es doch auch darum, gerade jene, die bereit sind, diese wertvolle Basisarbeit in den Bezirken zu leisten, entsprechend zu unterstützen, damit sie nicht über kurz oder lang aus Enttäuschung über mangelnden Beistands das Handtuch werfen.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht speziell für die Neueinsteiger:innen in die Bezirksvertretungsarbeit ein Grundinformations-Paket auszuarbeiten, das die essentiellen Informationen über das Haus Graz, die Dienststellen, das Organigramm, und die wichtigsten Anlaufstellen für die Bezirksarbeit enthält

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Abfalleimer Kindermannwiese
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Wiese zwischen Interspar (Wiener Str. 286, 8051 Graz) und der Bushalttestelle „HTL Bulme“, wird annehmlich durch die hohe Kundenfrequenz sehr oft verschmutzt.

Im Zuge unserer Müllsammelaktion konnten wir die Wiese von Säckeweise Müll befreien. Auf Grund der Art des Mülls (Plastikverpackungen, Papier von Wurstsemmeln bis hin zu Dosen und Flaschen), ist davon auszugehen, dass ein weiterer Abfalleimer an betreffender Stelle Abhilfe schaffen kann.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an der betreffenden Stelle nach Gesprächen mit dem Land Steiermark ein Müllkübel errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Bankomat Lendplatz 2.0
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nach wie vor ungebrochen, ist der Wunsch nach einem Bankomaten direkt am Lendplatz im Bereich des Bauernmarktes. In der Beantwortung unseres Antrages vom April 2023 wurde ausgeführt, dass es mit der Stmk. Sparkasse, dem Kunsthaus sowie mit dem Gerät bei der Einfahrt zum Hoferparkplatz eine ausreichende Versorgung gibt. Umso erfreulicher ist es, dass ein Bankomat am Franziskanerplatz während der Adventzeit aufgestellt wurde. Da in diesem Bereich die Versorgung mit umliegenden Bankomaten sogar besser ist, als im Bereich des Bauernmarktes, hoffen sowohl die Marktbesucher als auch die Besucher und Kunden auf die Aufstellung eines Automaten.

In Anbetracht des florierenden Bauernmarktes, der überwiegend Barzahlung erfordert, wäre es eine Erleichterung und Aufwertung der Gegend, wenn es wieder eine Möglichkeit zur direkten Geldbehebung in direkter Nähe gäbe.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Bankomat laut Motiventext realisiert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Mistkübel mit Hundekotsackerl Mühlriegel
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Bereich des Mühlriegels/Lastenstraße/Bunsengasse wurde uns in mehreren Gesprächen mitgeteilt, dass es an Mistkübel mit Hundekotsackerl fehlt. Auf Grund der Bebauung an der Ecke Peter-Tunner-Gasse wird dies zusehends zum Problem, da viele Hundebesitzer die Straße des Mühlriegel als Gassi Runde nutzen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann entsprechende Mistkübel an geeigneten Orten aufgestellt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.18 Verkehrsflussverbesserung Lendkai/Grieskai
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die Fahrbahnverengung auf Höhe des Kunsthauses, ausgelöst durch die Bauarbeiten an der Tegetthoffbrücke, entstehen täglich Staus und massive Belastungen, immerhin noch bis ca. November 2024. Diese Belastungen könnten unter Umständen durch veränderte Ampelschaltungen oder Verkehrsführungen abgeschwächt werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen entlang des Lend- und Grieskai umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Verkehrssicherheit Schöckelbachweg
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Schöckelbachweg wird besonders zu Stoßzeiten als Ausweichstrecke zur Andritzer Reichsstraße genutzt. Besonders durch seine Länge werden oft die Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht eingehalten. Durch die Anbringung von Hinweistafeln würde man dieser Überschreitung entgegenwirken und die Autofahrer darauf aufmerksam machen.

Auf Grund der besonderen Lage in Verbindung mit dort befindlichen Wohnstätten, Schule und Kindergarten wäre es sinnvoll, besonders im Bereich der Schule und Kindergärten Bodenmarkierungen anzubringen die die Autofahrer auf diese Gefahrenstellen hinweisen.

Die Straßenverkehrsordnung bietet sicher ausreichend Möglichkeiten die Situation am Schöckelbachweg zu verbessern.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und wie die Verkehrssicherheit im Schöckelbachweg verbessert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Zusatztafeln für Wohnstraßen
(KO Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund massiver und langwierigen Baumaßnahmen im gesamten Stadtgebiet werden Seiten- und Nebenstraßen besonders belastet. Dadurch gewachsene Ausweichrouten werden sich auch lange nach Fertigstellung der Bauarbeiten nicht völlig auflösen.

In viele Straßen werden zum Schutz der Bewohner Wohnstraßen nach der StVO § 76b verordnet. Analog zum Fahrverbot ausgenommen Anrainerverkehr ist auch in Wohnstraßen eine „reine“ Durchfahrt de facto verboten, denn erlaubt ist lediglich das Befahren zum Zwecke des Zu- und Abfahrens.

Da mutmaßlich und teilweise augenscheinlich viele Autofahrer sich dem Verbot nicht bewusst sind, sollen an der Einfahrt zu Wohnstraßen entsprechende Zusatztafeln angebracht werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Zusatztafeln an Wohnstraßeneinfahrten angebracht werden können um auf das Durchfahrtsverbot hinzuweisen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Eingeschränkte Sicht Kreisverkehr Schwarzer Weg
(GR Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Sicht für die Einfahrt in den Kreisverkehr, besonders von Weblinger Gürtel Richtung Puntigam (Fresenius Kabi, IKEA) kommend, ist durch das Gelände der Brücke sehr eingeschränkt.

Um die Verkehrssicherheit bzw. Sichtverhältnisse zu verbessern, sollen geeignete Maßnahmen geprüft und ergriffen werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und bis wann

Verbesserungen der Verkehrssicherheit bzw. Sichtverhältnisse an betreffender Stelle umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Radspur Annenstraße nach Umsetzung
(GR Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Rahmen der Umgestaltung der Annenstraße wurde der KFZ Verkehr auf die Gleise verlagert, um die dadurch freiwerdende Spur unter anderem als Radspur zu verwenden. Auf Grund der Dichte an Radfahrern die täglich die Annenstraße passieren, haben sich die Befürchtungen, dass sich Gefahrenmomente häufen werden bewahrheitet, denn der Radverkehr führt nun ungehindert und ungebremst durch den Ein- und Ausstiegsbereich der Straßenbahn.

Um die ohnehin steigenden Radverkehrsunfälle nicht noch zusätzlich zu befeuern bedarf es weiterer Maßnahmen um die ein- und aussteigenden Fahrgäste der Straßenbahnen zu schützen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob es geeignete, eventuell auch technische Maßnahmen gibt, um die Gefahrenbereiche der Haltestellen zu entschärfen oder abzusichern.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.23 Überprüfung städtischer Abteilungen nach Brandtragödie in Stern-Bar (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

Die jüngsten Ermittlungserkenntnisse der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Brandtragödie in der Grazer Stern-Bar legen nahe, dass mögliche Unregelmäßigkeiten und Intransparenz innerhalb der feuerpolizeilichen Abteilung sowie der Bau- und Anlagenbehörde der Stadt Graz bestehen könnten.

(<https://www.krone.at/3242122> & <https://steiermark.orf.at/stories/3243720/>)

Angesichts der schwerwiegenden Sicherheitsfragen, die sich daraus ergeben, war es von höchster Bedeutung, dass die Stadt Graz selbst aktiv wird und eine lückenlose Aufklärung dieser Angelegenheit sicherstellt. Dieser Forderung ist Bürgermeisterin Elke Kahr auch nachgekommen und hat am 7. Februar 2024 die Innenrevision eingeschaltet. In einem weiteren Schritt muss für vollumfassende Transparenz gesorgt werden, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, ob ihre öffentlichen Institutionen in höchstem Maße vertrauenswürdig und verlässlich agieren. Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

Die Ergebnisse der Überprüfung durch die Innenrevision im Zusammenhang mit der Brandtragödie in der Grazer Stern-Bar sind dem Gemeinderat unmittelbar nach Ende der Prüfung vollständig vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.24 Kostenfreie Einfahrt Ressourcenpark-Reststoffzone (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Müllentsorgung wird in Graz zunehmend zu einem Problem. Überfüllte Mistkübel sowie Sperrmüllablagerungen an Müllsammelstellen nehmen immer weiter zu. Einer der Gründe dafür ist der Umstand, dass viele Grazer aufgrund der anfallenden Gebühren ihren Müll nicht mehr zum Sturzplatz bringen. Auch die durch die Stadtregierung eingeschränkten Öffnungszeiten erschweren vielen Grazern die ordnungsgemäße Entsorgung.

Ein Blick in viele andere steirische Gemeinden offenbart zudem, dass es eine Müllentsorgungsgebühr, wie sie in Graz beim Sturzplatz besteht, meistens gar nicht gibt.

Um die Müllproblematik in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, zu den fünf vergünstigten Einfahrten im Jahr weitere Anreize zu schaffen und die von der Teuerung geplagten Grazer zu entlasten.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen sowie der Beteiligungsreferent der Stadt Graz treten an die Holding Graz mit dem Ersuchen heran, jedem Grazer einmal im Monat eine kostenlose Zufahrt zur Reststoff-Zone (bis 200kg) im Ressourcenpark zu ermöglichen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.25 Überdachung von Bushaltestellen
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Graz investiert seit vielen Jahren enorme Mittel in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Während die Führung der Linien, deren Taktung und auch das Platzangebot sicherlich eine gewichtige Rollen spielen, darf auf die infrastrukturellen Maßnahmen nicht vergessen werden. Hierzu gehören unter anderem wohnortnahe Haltestellen, deren barrierefreie Umsetzung und allfällige Umstiegsmöglichkeiten. Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Inanspruchnahme von Haltestellen ist deren wetterfeste Ausgestaltung. Nur wenige Personen suchen bei strömendem Regen oder Schneetreiben eine nicht überdachte Haltestelle auf, vielmehr wird man versuchen, eine Alternative zu finden. Hinzu kommen aufgrund des Schülerverkehrs in der Früh oft

überfüllte Busse, weswegen ebenfalls auf den nächsten Bus gewartet werden muss. Teilweise ist die Taktung in den Randbezirken auch derart festgelegt, dass mitunter längere Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Die Überdachung aller Grazer Bushaltestellen erscheint illusorisch, doch sind zumindest jene Haltestellen infrastrukturell aufzuwerten, die einerseits stärker frequentiert werden oder sich andererseits in der Nähe von Nahversorgern oder Einrichtungen befinden, die sich etwa der Pflege von Mitbürgern widmen. Anzuführen sind hier zum Beispiel die Haltestellen „Rauchleitenstraße“, „Berthold-Linder-Weg“ und „Ledermoarweg“, die sich in der Nähe der wenigen Nahversorgungseinrichtungen im Bezirk Ries befinden, zusätzlich etwa die Haltestelle „Mosconweg“, die sich gegenüber einer Pflegeeinrichtung befindet. Im Sinne einer lebenswerten Stadt wäre die Überdachung solcherart Haltestellen anzudenken, um auch Angehörigen die An- und Abreise im Winter oder während Regens zu erleichtern.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. 8 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert,

- 1. in einem ersten Schritt und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Holding Graz die Bushaltestellen „Ledermoarweg“, „Rauchleitenstraße“, „Mosconweg“ und „Berthold-Linder-Weg“ zu überdachen sowie*
- 2. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Holding Graz gezielt stark frequentierte Bus- respektive Straßenbahnhaltestellen beziehungsweise solche in*

der Nähe von Nahversorgungs- oder etwa Pflegeeinrichtungen ausfindig zu machen und jene ohne Überdachung entsprechend infrastrukturell aufzuwerten

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.26 Vorhabenliste der Stadt Graz evaluieren (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bereits Anfang April des Jahres 2023 forderte die Grazer FPÖ die Stadtregierung auf, im Bezirk Ries sowie in weiterer Folge in allen Bezirken neue Stadtteilbefragungen durchzuführen, um die Anliegen der Bevölkerung in das politische Arbeitsprogramm der Stadtpolitik einfließen zu lassen. (Quelle: <https://www.meinbezirk.at/graz/c-politik/die-grazerinnen-und-grazer-nachihren-wuenschen-befragen-35975674>) Leider haben sich KPÖ, Grüne und SPÖ zu diesem Wunsch bis heute nicht einmal geäußert, was die Vermutung zulässt, dass Ries als Randbezirk offenbar nur wenig Priorität genießt. Dass dieser Schluss nicht von der Hand zu weisen ist, zeigt die aktuelle „Vorhabenliste“ der Stadt Graz (Quelle: <https://www.graz.at/cms/beitrag/10298221/7769828>). Diese Liste soll Grazer möglichst frühzeitig über anstehende große Vorhaben, bei denen die Stadt federführend Verantwortung trägt, informieren. Zudem sei sie „ein Kernelement der ‚Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben der Stadt Graz‘“. Für jeden einzelnen Bezirk werden hier zahlreiche Vorhaben, die teilweise von völlig nutzlosen Projekten wie Straßenumbenennungen bis hin zu wichtigen Maßnahmen wie etwa Bebauungsplänen, Verkehrskonzepten oder Programmen zum Hochwasserschutz

reichen, aufgelistet. Leider stellte sich nach Durchsicht dieser Liste heraus, dass ausschließlich für den Bezirk Ries kein einziges (!) Vorhaben angeführt wird. Für die Bezirke Gösting und Waltendorf werden jeweils nur ein Vorhaben gelistet. Die „Woche“ berichtete hierzu am 12. Juni 2023 wie folgt: „Wird in der Stadtregierung auf den zehnten Grazer Bezirk vergessen? Das vermutet zumindest Jürgen Angerer, FPÖBezirksparteiobmann von Ries. Er bekrittelt, dass sich in der Vorhabenliste, die frühzeitig über wichtige anstehende Vorhaben der Stadt informiert, kein einziges Projekt in Ries findet. Damit werde, so Angerer, Ries zu einem Bezirk zweiter Klasse herabgestuft. [...] Dabei gäbe es, so Angerer, auch im zehnten Grazer Bezirk einiges zu tun. Er verweist auf die Entschärfung von Gefahrenpunkten im Verkehr oder unübersichtlichen Straßenabschnitten, die Einrichtung einer Hundewiese sowie notwendige Arbeiten im Bereich des Kanalnetzes, die im Zuge der unlängst stattgefundenen Unwetter evident geworden seien. Angerer kündigt daher an, sich weiterhin für die Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.“ (Quelle: <https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/fpoe-will-anliegen-des-vergessenen-bezirksgehoeer-verschaffen-a6097704>) Durch den folgenden Antrag soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz eine rasche Evaluierung der Vorhabenliste stattfinden, zudem sollen auch jene Bezirke Berücksichtigung finden, die bislang mit keinen oder nur einzelnen Projekten bedacht wurden. Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz die Vorhabenliste der Landeshauptstadt zu evaluieren und dabei besonderes Augenmerk auf jene Bezirke zu legen, für die bislang kein einziges oder nur einzelne Projekte angeführt wurden, um in weiterer Folge für diese Bezirke verstärkt wichtige infrastrukturelle Vorhaben in die Wege zu leiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.27 Wartezeit an der Fußgänger- und Fahrradampel der Kreuzung Liebenauer Tangente und Dr.-Lister-Gasse
(GR Lohr)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Fußgänger und Radfahrer beklagen die lange Wartezeit an der Ampel, wenn sie die Liebenauer Tangente auf Höhe Dr.-Lister-Gasse überqueren möchten. Mitunter kann das Warten auf die Grünphase zwei Minuten andauern. Vorallem in den Tagesrandzeiten und am Wochenende ist diese überhöhte Dauer unverständlich und man beobachtet immer wieder die Mißachtung des roten Ampellichts.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz werden ersucht die Steuerung der Ampelanlage Liebenauer Tangente auf Höhe Dr.-Lister-Gasse anzupassen um die Wartezeit für Fußgänger und Radfahrer zu verkürzen

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15.02.2024

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 20:05 Uhr

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Manfred Eber

Stadträtin
Claudia Schönbacher

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüfer:
GR Günter Wagner

wörtliches Protokoll erstellt von: Schriftleitung